



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kein weiteres atomares Endlager in Sachsen-Anhalt

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/6671**

Der Landtag wolle beschließen:

Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktiven Abfall in der Bundesrepublik Deutschland

Der Landtag stellt fest, dass

- die Bundesrepublik Deutschland Verantwortung für ihren hochradioaktiven Abfall trägt und daher ein Endlager in der Bundesrepublik Deutschland notwendig ist.
- das Standortauswahlgesetz die Gesetzesgrundlage ist, auf die man sich in einem langen Prozess geeinigt hat. Dieses ist weiterhin konsequent anzuwenden.
- gemäß Gesetz die Prinzipien der Standortsuche, welche über den gesamten Prozess eingehalten werden müssen,
 - o wissenschaftsbasiert,
 - o partizipativ,
 - o transparent,
 - o selbsthinterfragend,
 - o lernendsind.

Der Landtag erwartet, dass

- dieser Prozess bundesweit nach den gleichen Kriterien fortgeführt wird und sich dabei kein Bundesland aus der Verantwortung nehmen kann.
- bei den Entscheidungen in den folgenden Phasen bereits dauerhaft zu tragende Lasten in den Bundesländern berücksichtigt werden.

(Ausgegeben am 14.10.2020)

- die Öffentlichkeit in diesem Prozess intensiv eingebunden und wirksame Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden.
- die als Teilgebiete angesprochenen Kommunen aktiv angesprochen und beteiligt werden.
- die Landesregierung im Ausschuss für Umwelt und Energie sowie im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung regelmäßig berichtet.

Begründung

Bisher gibt es für den in der Bundesrepublik Deutschland produzierten hochradioaktiven Abfall kein geeignetes Endlager. Auf Bundesebene wurde daher das Standortauswahlgesetz beschlossen, um den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit zum Schutz von Mensch und Umwelt, für einen Zeitraum von einer Million Jahre, zu finden.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN